

## KONSEQUENTER ABWÄRTSKURS

**Die FDP-Initiative gegen das  
Verbandsbeschwerderecht  
ist ein Akt der Selbstsabotage.**

**Von Daniel Binswanger**

Die letzten Nationalratswahlen hatten neben der SVP einen zweiten grossen Gewinner: die grün-liberale Partei, die auf Anhieb mehrere Mandate eroberte. Zu den klaren Verlierern zählte hingegen die FDP. Man hätte erwarten können, dass die Freisinnigen vom Erfolg der neuen Konkurrenz zu lernen versuchen und als Kernthemen den Umweltschutz und die liberale Staatsauffassung verstärkt in den Vordergrund stellen. Doch siehe da, geschehen tut das Gegenteil: Auf den Vormarsch der grün-liberalen Konkurrenz reagiert die FDP mit einer antigrünen, antiliberalen Kehrtwende.

Es hat den Anschein, als wären die autodestruktiven Tendenzen des Schweizer Freisinns nicht aufzuhalten. Mit ihrer Positionierung als SVP-Kooperationspartnerin hat Doris Fiala der Zürcher Kantonalpartei bekanntlich das schlechteste Wahlresultat ihrer Geschichte beigebracht. Ihr Rücktritt vom kantonalen Präsidium war die logische Konsequenz, doch er steht ganz offensichtlich nicht für eine Neuorientierung. Im Gegenteil: Mit der Initiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts wird die SVP-Anbindung des Freisinns jetzt auch programmatisch nochmals massiv verstärkt.

Die Unumstösslichkeit von Parlaments- und Volksentscheiden, welche die FDP durch die Begrenzung des Verbandsbeschwerderechts erzwingen will, ist die treue Kopie des innersten Kernthemas der Schweizerischen Volks-

partei. Die Initiative verabsolutiert die Volksrechte und unterbindet die verlässliche Durchsetzung des rechtsstaatlich vorgegebenen Umweltschutzstandards. Exakt die SVP-Anbindung, die in Zürich in die Katastrophe führte, wird jetzt gesamtschweizerisch zum Königsweg der freisinnigen Profilierung erhoben: Never change a losing strategy.

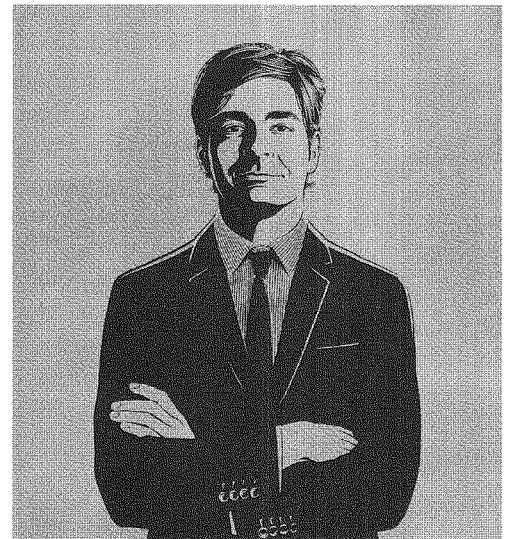
Es gibt viele Arten, den Liberalismus zu definieren, doch zwei Grundprinzipien sind unabdingbar. Erstens die Garantie, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen von kurzzeitigen Launen des politischen Souveräns nicht nach Belieben über den Haufen geworfen werden dürfen. Man könnte es die Benjamin-Constant-Tradition des Liberalismus nennen. Zweitens die Überzeugung, dass öffentliche Entscheidungsprozesse von einer Vielzahl von «pouvoir intermédiaire», den vermittelnden Kräften getragen werden müssen. Von dezentralisierten Institutionen, Bürgerinitiativen – und von Vereinen und Verbänden. Man könnte dies die Tocqueville-Tradition des Liberalismus nennen. Beide Prinzipien scheint die heutige FDP nicht mehr allzu hoch zu halten.

So soll die Verbandsbeschwerde beschnitten werden, obwohl die Umweltschutzverbände in über drei Viertel der Fälle vor Gericht gewinnen, und also nicht mehr und nicht weniger tun, als geltendes Recht zu garantieren. Rechtsschutz ist offenbar aber für die FDP kein Primär Anliegen mehr. Nicht besser scheint es bestellt um den freisinnigen Glauben an die «pouvoir intermédiaire». Die Aufgabe, die bisher eine Vielzahl von Vereinen wahr-

genommen hat, soll nach ihrem Willen lieber den Bürokraten in der Berner Hauptstadt anvertraut werden.

Bei der Einbürgerungsinitiative hat die SVP feststellen können, dass die Schweizer durchaus an ihrem Rechtsstaat hängen und dass die Verabsolutierung von Urnenentscheiden vom Stimmbürger nicht zwingend goutiert wird. Die FDP-Delegierten haben sich jetzt wohl dazu verdammt, dieselbe Erfahrung noch einmal zu machen. Wie wäre es stattdessen mit einer Rückbesinnung auf liberale Grundsätze?

*daniel.binswanger@dasmagazin.ch*



BINSWANGER